

VdK fordert Grundsicherung für Kinder Viele Kinder in Hessen und Thüringen sind von Armut bedroht

In Hessen und in Thüringen leben überdurchschnittlich viele Kinder in Armut. Das ist das Ergebnis einer Studie des Paritätischen zur Entwicklung der Kinderarmut in Deutschland. Während 2019 bundesweit 20,5 Prozent aller Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren als arm galten, waren es in Hessen 21,9 und in Thüringen 22,7 Prozent. Das bedeutet: Die Kinder leben in einem Haushalt, der über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verfügt. Besonders alarmierend ist der Anstieg der Kinderarmut in Hessen. Bundesweit hat sich die Armutsquote zwischen 2010 und 2019 um 2,3 Prozent erhöht; in Hessen stieg sie im selben Zeitraum um 6,6 Prozent an. Dagegen lässt sich in Thüringen eine leicht rückläufige Tendenz beobachten (–1 Prozent); hier hält sich die Kinderarmut seit Jahren auf hohem Niveau. „Trotz einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung während des vergangenen Jahrzehnts ist das Ausmaß der Kinderarmut erschreckend groß“, sagt der Landesvorsitzende des Sozialverbands VdK Hessen-Thüringen, Paul Weimann: „Drei Millionen Kinder in Deutschland wachsen mit erheblichem Mangel an allem auf, was gemeinhin zum Lebensstandard zählt – ausreichend Platz zum Wohnen, genügend Geld für gesundes Essen, für Freizeitunternehmungen und für Hobbys wie Sport oder Musik. Diese Benachteiligung von so vielen jungen Menschen können wir nicht hinnehmen.“

Der VdK befürchtet zudem, dass sich die Situation in Folge der Corona-Pandemie noch verschärfen könnte. „In vielen benachteiligten Haushalten fehlt die technische Ausstattung für das Homeschooling. Vor allem Kinder aus einkommensschwachen Familien laufen daher Gefahr, den Anschluss beim Lernen zu verlieren“, erläutert Paul Weimann. Das jetzige System der Familienförderung könne diese Defizite nicht auffangen. So müssen einzelne Leistungen bei verschiedenen Stellen beantragt werden – ein bürokratischer Aufwand, der viele Betroffene überfordert. Hinzu kommt, dass die Zahlungen oft miteinander verrechnet werden, so dass sie in der Summe nicht ausreichen, um den Bedarf der Kinder zu decken.

Der VdK hat sich deshalb einem Bündnis von Organisationen und Verbänden angeschlossen, das die Einführung einer Kindergrundsicherung fordert. Darin sollen bisherige Leistungen wie Kindergeld und -zuschlag sowie der Kinderregelsatz bei Hartz-IV-Bezug zusammengefasst werden, wobei sich die Höhe der Zahlung am Einkommen der Eltern bemisst. „Jedes Kind hat einen Anspruch darauf, gut aufzuwachsen. Mit einer eigenständigen Grundsicherung für Kinder können wir eine wichtige Voraussetzung schaffen, um diesem Anspruch gerecht zu werden“, sagt der VdK-Landesvorsitzende.

verantwortlich: Philipp Stielow